

Presseaussendung am 29.5.2025

Mehr als 500 Wahlberechtigte unterstützen die Einwendungen gegen das geplante „Energiewerk“ mitten in Graz.

Im „Energiewerk“ in der Puchstraße soll der Müll von 450.000 Bewohnern von Graz und Umgebung ganzjährig verbrannt werden. Die Bürgerinitiative für eine klima- und gesundheitsschonende Fernwärmeversorgung hat am 28. Mai im Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren ihre Einsprüche abgegeben. Sie hält das Werk für nicht vorausschauend geplant und begründet das mit fehlendem Gesundheitsschutz, fehlendem Klimaschutz, zu hohen Kosten und zu teuren Fernwärmepreisen. Sie fordert eine objektive Bewertung von bereits verfügbaren, ökologisch sinnvollen Alternativen zur Fernwärmeversorgung und Müllverbrennung, strengere Umweltauflagen, eine Begrenzung von CO₂-Emissionen und eine der realen Situation im Luftsanierungsgebiet Graz angepasste Neuberechnung der Immissionswerte.

Die Hauptkritikpunkte an den Einreichunterlagen im Rahmen der UVP sind:

1. Die Müllverbrennung würde die Klimakrise verschlimmern

In den Einreichunterlagen fehlen gänzlich Grenzwerte für CO₂-Emissionen, obwohl diese entscheidend für Klimaschutzmaßnahmen sind. Die geplante thermische Entsorgung des Restmülls von Graz und Graz Umgebung würde jährlich etwa 130.000 Tonnen CO₂ freisetzen. Um diese Menge zu speichern wären 6 Millionen gesunder Bäume nötig. Der Wald in Österreich hat aber den Kippunkt längst überschritten und emittiert selbst CO₂ (im Jahr 2023 5,3 Mio. t), anstatt es zu speichern. Im Sommer würde die ungenutzte Wärme die Tropennächte noch heißer machen.

2. Inkompatibel mit langfristigen Klimazielen

Das Energiewerk widerspricht durch seine riesigen CO₂ Emissionen einem langfristigen Klimaschutzplan und dem Ziel der Stadt Graz, bis 2040 klimaneutral zu sein, während das Werk 40 Jahre bis 2069 in Betrieb sein soll. Ab dem 2029 geplanten Betriebsbeginn würde der Kauf von millionenteuren Emissionszertifikaten nötig werden. Später würde die Nachrüstung mit einer über 100 Mio. teuren CO₂-Abscheidung notwendig werden, denn ohne Anpassungen drohen hohe Strafzahlungen der EU wegen der Nichteinhaltung der Klimaziele.

3. Gesundheitsgefährdung durch veraltete Technologie

Die Initiative kritisiert, dass das Werk als Mitverbrennungsanlage eingestuft wird, obwohl die Verbrennung von Abfällen sein Hauptzweck ist. Für Müllverbrennungsanlagen würden nämlich strengere Grenzwerte als für Mitverbrennungsanlagen gelten. Die geplante Rostfeuerung wird als „beste Technologie“ bezeichnet, obwohl die Wirbelschichtfeuerung emissionsärmer ist und einen wesentlich höheren Wirkungsgrad erzielt.

4. Gesundheitsgefährdung durch mehr Schadstoffe

Die höhere Belastung durch Feinstaub und Stickoxide würde die Gesundheit der Bevölkerung gefährden und langfristig hohe Folgekosten verursachen. Es fehlen zudem Emissionsgrenzwerte für Ultra-Feinstaub, obwohl dieser besonders gesundheitsschädlich ist. Die Initiative fordert daher eine präventive Begrenzung für den Schutz von Risikogruppen.

Die Müllverbrennung soll mitten im stark belasteten Stadtgebiet von Graz, das bereits jetzt die schlechteste Luftqualität aller Landeshauptstädte aufweist, errichtet werden. Durch die Müllverbrennung käme es zusätzlich zur weiteren Belastung mit Feinstaub und Stick-

oxiden, die bereits jetzt zu zahlreichen Krebs- und Kreislauf-Erkrankungen führen. Dazu kämen zusätzliche Belastungen mit hochgiftigen, krebs- und erbgutschädigenden Stoffen wie Schwermetallen, Dioxinen und Furanen.

Es ist auch nicht argumentierbar, warum Müll aus Graz Umgebung inmitten von Graz verbrannt werden soll. 1999 wurde der Versuch einer derartigen Müllverbrennungsanlage schon einmal verhindert, da Bürgermeister Stingl versprach, dass kein Müll von außerhalb in Graz verbrannt wird.

5. Hohe Kosten, unkalkulierbare Fernwärmepreise

Da das Werk keine Umweltförderung erhält, müssten 280 Millionen Euro Errichtungskosten durch Kredit mit Laufzeit über 40 Jahre samt Zinsen von den Fernwärmekund:innen zurückgezahlt werden. Die jetzt vorgesehenen, veralteten Gewebefilter müssten mit Elektrofiltern nachgerüstet werden, steigende Kosten für CO₂-Zertifikate werden hinzukommen. Rund ein Drittel der verbrannten Müllmenge bliebe als Schlacke und Asche zurück, die als Sondermüll teuer entsorgt werden müsste. Die Nachrüstung einer CO₂-Abscheidung würde über 100 Mio kosten. All das und der schlechte Wirkungsgrad der Anlage würde die derzeit schon hohen Fernwärmepreise langfristig weiter in die Höhe treiben.

6. Müllverbrennung ist nicht alternativlos

Die Grazer Restmüllmengen von derzeit 65.000/a t könnten mit neuen Technologien um mehr als 80% reduziert werden. Bei einem Werk, das 40 Jahre in Betrieb sein soll, muss wenigstens um 20 Jahre vorausgedacht werden. Die Einreichunterlagen behaupten eine „Kreislaufwirtschaft“, doch die Müllverbrennung widerspricht dem Recyclinggedanken. Durch diese größte Investition der Stadt Graz in eine veraltete Müllverbrennung mit ständig gleichbleibendem Bedarf an „Restmüll“ würden 40 Jahre lang Innovationen ausgebremst. Kreislaufwirtschaft aber verlangt modernes Recycling und generiert viele Arbeitsplätze. Die politischen Vorgaben in Richtung Kreislaufwirtschaft werden in den Planungen nicht berücksichtigt, obwohl zukünftige technologische Entwicklungen bis 2069 sie weiter verbessern werden.

7. Klimafreundlichere Fernwärme und kostengünstigere Alternativen:

Es gibt längst umweltfreundlichere und kostengünstigere Alternativen als die Müllverbrennung: Verstärkte Abwärmenutzung, Tiefenwärme, Großwärmepumpen, Großspeicher, Solarthermie können eine saubere, sichere und bezahlbare Wärmeversorgung für ganz Graz ermöglichen. Die Kosten dafür sind bereits jetzt dramatisch niedriger als für das „Energiewerk“ und werden in Zukunft weiter sinken. Ihre Nutzung für die emissionsfreie oder -arme Fernwärme in Graz ist die wahre Energiewende, nicht Millioneninvestitionen in eine veraltete, umweltschädliche Technologie.